

Rede des Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Tauber
beim Komitee für Europäische Verständigung Freigericht am 29. April 2017
- 60 Jahre Römische Verträge -

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein, hier im schönen Freigericht und heiße Sie, insbesondere die Gäste aus Frankreich und Italien, sehr herzlich willkommen. Sie haben eine lange Reise auf sich genommen, um hier mit Ihren deutschen Freunden gemeinsame Tage im Zeichen der europäischen Verständigung zu verbringen. Wer meint – und zur Zeit ist das ja *en vogue* –, die europäische Idee, die Freundschaft zwischen den Europäern sei nur Fassade und nichts Konkretes, der soll heute einen Blick in diesen Raum werfen: Er wird eines Besseren belehrt werden.

Das Komitee für Europäische Verständigung in Freigericht ist älter als ich. Gegründet 1971 im Geiste großer Europäer wie Konrad Adenauer, Charles de Gaulle und Alcide De Gasperi hat es sich in den vergangenen Jahrzehnten unermüdlich der Idee des Austauschs, der Verständigung und der Freundschaft zwischen den europäischen Völkern gewidmet. Für dieses Engagement möchte ich Ihnen – gerade in Zeiten wie diesen – meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

Dieses Jahr feiern wir Europäer zum 60. Mal die Unterzeichnung der Römischen Verträge. Sie gelten als der Beginn des europäischen Einigungsprozesses und der Europäischen Union wie wir sie heute kennen. Mit diesen Verträgen legten die damaligen Unterzeichner den Grundstein für ein historisch einzigartiges Projekt, welches seitdem die Geschicke der europäischen Völker, wie der ganzen Welt, maßgeblich beeinflusst hat. Meine Partei, die CDU, als die deutsche Europapartei, blickt mit Stolz und Dankbarkeit auf die Leistungen derjenigen zurück, die die europäische Einigung, trotz teilweise großen Widerstandes, auf den Weg gebracht haben. Diese Europäische Union war und ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte, die Europa seit 70 Jahren Frieden, Freiheit und Wohlstand sichert.

Und doch gibt es vermehrt Menschen in Europa, die nur das Schlechte in Europa sehen oder Europa für alles verantwortlich machen, was in ihren jeweiligen Ländern oder in ihrem ganz persönlichen Leben nicht funktioniert. Menschen die die europäische Einheit nicht als

Errungenschaft und Bereicherung, sondern als überflüssigen Ballast ansehen. So geschehen in Großbritannien, wo mit einem geradezu verantwortungslosen, hetzerischen und weder auf Fakten noch Wahrheiten basierenden Wahlkampf Stimmung gegen Europa gemacht wurde.

Aber auch hier in Deutschland machen populistische Parteien und Politiker Stimmung gegen die EU und sagen ihr ein baldiges Ende voraus. Diese Sehnsucht nach dem „souveränen“ Nationalstaat, der in unserer heutigen Zeit ein Mythos ist, existiert in den Köpfen vieler Menschen in Europa.

Wer nun aber glaubt, der Brexit sei der Anfang vom Ende der Europäischen Union, liegt falsch. Denn in diesen Wochen haben wir gesehen, dass Europa, wieder einmal, auf eine schwere Krise geschlossen und stark reagiert, wie es die europäische Gemeinschaft in der Geschichte schon so oft getan hat: Das Bekenntnis von 27 Mitgliedstaaten, das in der Erklärung von Rom abgelegt wurde, zeigt, dass Europa sich seiner großen Verantwortung bewusst ist. Und so sehr wir den Austritt der Briten bedauern, und ja auch traurig darüber sind, wissen wir, dass Europa unsere Zukunft und unser Schicksal ist, wie es Helmut Kohl einst sagte. Diese Krise ist weder die erste, noch wird sie die letzte Europas sein. Aber der europäische Einigungsprozess hat immer vor großen Herausforderungen gestanden, aus denen die europäische Gemeinschaft letztlich doch immer wieder stärker hervorgegangen ist.

So war die Gründung der Montanunion eine Reaktion der europäischen Länder auf die verheerenden Auswirkungen der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert. Um den Krieg, vor allem zwischen Deutschland und Frankreich, für immer unmöglich zu machen, unterwarf man die zwei kriegswichtigen Industrien Kohle und Stahl einer gemeinsamen Kontrolle. Und auch die Unterzeichnung der Römischen Verträge war letztlich eine Reaktion auf das Scheitern der Pläne zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Diese Verträge schafften die Grundlage für die Europäische Union wie wir sie heute kennen. Auf die in den 80er Jahren viel beschriebene Eurosklerose antworteten großartige Europäer wie Helmut Kohl mit einer Politik der nachhaltigen Vertiefung der europäischen Integration. Denn die Europäische Idee und Gemeinschaft stand und steht allen demokratischen Ländern Europas, die unsere Überzeugungen und Werte teilen, offen. So kamen die osteuropäischen Länder nach dem Fall des Eisernen Vorhangs dazu und der Euro wurde als gemeinsame Währung eingeführt. Dadurch wuchs Europa noch enger zusammen. Und gerade für Deutschland zeigte sich in dieser Zeit, dass die großen Herausforderungen der Geschichte in Zukunft nur gemeinsam in Europa bewältigt werden können. Denn die deutsche

Einheit wäre ohne die europäische Einigung nicht möglich gewesen. Anders gesagt: „Die Deutsche Einheit und die europäische Einigung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille“, wie Helmut Kohl es einst so richtig formulierte.

Nachdem die Verwirklichung einer europäischen Verfassung gescheitert war, reagierte Europa mit dem Vertrag von Lissabon, in dem die Entscheidungsprozesse der EU effizienter gemacht wurden und eine gemeinsame Außenpolitik etabliert wurde. Als 2008 dann die Finanz- und Staatsschuldenkrise Europa bedrohte, zerbrach nicht etwa unsere gemeinsame Währung, so wie es vielfach von den Gegnern der europäischen Idee prophezeit wurde. Ganz im Gegenteil: Europa reagierte geschlossen und solidarisch um seinen Mitgliedstaaten in Not zu helfen und seine gemeinsame Währung zu schützen. Verschiedene Institutionen, wie zum Beispiel der ESM, zeigen, dass wir uns noch mehr als je zuvor füreinander in Europa verantwortlich fühlen. Wir sind gemeinsam erfolgreich oder scheitern gemeinsam. Das Ergebnis dieser gemeinschaftlichen Solidarität können wir bereits heute sehen. In Spanien und Portugal erholt sich die Wirtschaft und die Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Und auch in Griechenland sind, wenn auch lange nicht ausreichend, Fortschritte erzielt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge betonte Konrad Adenauer die Bedeutung der europäischen Einigung: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“ Diesen Traum realisierten die sechs Nationen die zuvor die Montanunion gegründet hatten am 25. März 1957 in Rom mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft. 60 Jahre später feierten Regierungschefs von 27 Ländern diesen großen, mutigen und historischen Schritt im europäischen Einigungsprozess. Aus sechs Mitgliedstaaten sind 27 geworden. Aus einem Traum von wenigen ist ein Traum von vielen geworden.

Die Römischen Verträge stellen einen zentralen Meilenstein in der Verwirklichung der europäischen Einheit dar. Denn durch die Schaffung eines einheitlichen Marktgebietes ohne Binnenzölle folgte auch eine Angleichung der Regelungen in anderen Politikbereichen. So wurde eine Dynamik geschaffen, die sich über Jahrzehnte fortsetzte. Die Institutionen, welche in Rom ins Leben gerufen wurden, entwickelten sich im Laufe der Zeit weiter und passten sich den Gegebenheiten der Zeit an. So entwickelte sich die Kommission, die als Verwaltungsorgan und

Hüterin der Verträge angelegt war, zu einer Art europäische Regierung der Gemeinschaft. Der Rat, welcher zunächst zentrales Entscheidungsorgan der Gemeinschaft war, wurde so zu der „zweiten Kammer“ der Gesetzgebung. Und das Europäische Parlament, einst lediglich nur als beratende Institution gedacht, wird seit 1979 direkt gewählt und hat mit dem Vertrag von Maastricht auch Gesetzgebungsrechte erhalten. Aus der Wirtschaftsgemeinschaft entstand so im Laufe der Zeit auch eine politische Union.

Das Ziel der Römischen Verträge war die Errichtung eines gemeinsamen Marktes um Handelshemmnissen abzubauen. Dass europäische Unternehmen heutzutage zollfrei ihre Produkte in Europa anbieten können, erscheint uns, die wir heute in diesem Europa leben und arbeiten, als eine Selbstverständlichkeit. Wir kaufen französischen Wein, griechische Oliven oder italienische Motorroller zollfrei bei uns ein. Und gleichzeitig verkaufen deutsche Unternehmen ihre Produkte überall in Europa. Knapp 60 Prozent unserer Exporte gehen in Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Ebenfalls wurde in den Römischen Verträgen der freie Verkehr für Dienstleistungen, Personen und Kapital beschlossen. Und auch das empfinden die meisten Menschen in unseren Ländern als selbstverständlich. Beispielsweise in Frankreich zu arbeiten und in Deutschland zu wohnen – und *vice versa* – ist längst keine Ausnahme mehr.

Der Austausch mit unseren Nachbarn, sei es wirtschaftlich, kulturell oder politisch, ist längst in unsere nationale Identität eingegangen. Durch verschiedene kulturelle Programme oder Einrichtungen wie die Ihre, wird das Zusammenwachsen der Menschen in Europa gefördert und bestärkt. Deutschland ohne vereintes Europa? Das ist für mich und die meisten Menschen in unserem Land unvorstellbar geworden. Die Menschen in Europa sind durch diese Errungenschaften noch enger verbunden worden. Dies alles zeigt, dass Europa mehr ist als nur ein wirtschaftlicher Binnenmarkt: Europa ist eine Wertegemeinschaft. Diese Errungenschaften des vereinten Europas bereichern unseren Kontinent und werden überall auf der Welt bewundert. Aus einzelnen Nationen wuchs so eine europäische Gemeinschaft, welche nicht nur in den Köpfen der Menschen existiert, sondern auch durch Verträge und Institutionen fest verankert wurde.

Aber auf den Blick in die Vergangenheit muss auch ein Blick in die Gegenwart und Zukunft Europas folgen. Die aktuelle Situation in Europa stellt uns in vielen Bereichen vor große Herausforderungen.

Der Ausgang des Referendums im vereinigten Königreich, das Erstarren populistischer Parteien in Europa und die immer noch spürbare Finanz- und Staatsschuldenkrise stellen die Europäische Union vor große Aufgaben. Auch die immer noch anhaltende kritische Situation in der Ukraine, der verheerende Bürgerkrieg in Syrien und der andauernde Zustrom an Flüchtlingen zeigen uns in diesen Tagen, dass sich nur ein vereintes Europa diesen Herausforderungen erfolgreich stellen kann. Hierfür muss sich die Europäische Union weiterentwickeln und dort ihre Kernkompetenzen und Aufgabenbereiche ausbauen, wo die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten beschränkt ist.

Für meine Partei und die Bundesregierung sind diese Kernkompetenzbereiche vor allem die Themen der Digitalisierung, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in unserer Nachbarschaft, Flucht und Migration, aber auch die Folgen des bzw. die Maßnahmen gegen den Klimawandel. Zusätzlich ist es für die Zukunft notwendig, gemeinsam die EU-Außengrenzen besser zu schützen. Nicht um die Zuwanderung zu beschränken, sondern um sie besser zu kontrollieren. In all diesen Politikfeldern braucht Europa gemeinsame Lösungen, da die Nationalstaaten alleine nicht in der Lage sind, diese Probleme zu beseitigen. Aber auch die Auswirkungen in der Staats- und Finanzschuldenkrise haben uns gezeigt, dass die bereits verabschiedeten Maßnahmen, noch nicht ausreichen, um zukünftige Krisen zu verhindern.

Die Frage, wie sich Europa in der Globalisierung und Digitalisierung entwickelt, ist eine der wichtigsten Fragen, auf die Europa in den nächsten Jahren eine Antwort finden muss. Die Unzufriedenheit vieler Bürger der EU hat unter anderem mit der rasant voranschreitenden Globalisierung und deren direkten Folgen für den Arbeitsmarkt zu tun. Und die Digitalisierung mit den Schlagwörtern „digitaler Binnenmarkt“ und „Industrie 4.0“ wird entscheidend für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Europas sein. In diesen Bereichen ist die Handlungsfähigkeit Europas gefragt. Denn in vielen Bereichen der Digitalisierung haben andere Staaten bereits heute einen deutlichen Vorsprung vor Europa. Deshalb ist die Frage, ob und wie die Digitalisierung in unserer Industrie stattfindet, nicht irgendeine Frage, sondern eine Frage von Wohlstand und Arbeitsplätzen. Gerade die Länder, die noch einen starken sekundären Industriesektor haben, wie Frankreich, Italien und Deutschland, müssen diese Entwicklung fördern und den Unternehmen die digitale Umstrukturierung erleichtern. Dazu benötigen wir zusätzliche Investitionen in die digitale Infrastruktur. Denn die Grundlage für einen funktionierenden und effizienten digitalen Binnenmarkt in Europa ist zunächst eine breite digitale Infrastruktur in allen Mitgliedstaaten der

Europäischen Union.

Ein weiterer Bereich, in dem Europa besser zusammenarbeiten muss, ist die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der unsere Werte und unsere Art zu leben zu zerstören versucht. Die Maßnahmen gegen den Terrorismus müssen innerhalb der Europäischen Union besser organisiert und strukturiert werden. Wir setzen uns daher unter anderem für eine Verbesserung des Austausches und der Verarbeitung von Informationen ein und unterstützen gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Finanzierung des Terrors innerhalb der EU. Zudem halten wir die Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft und die bessere Koordinierung der nationalen Justizbehörden für notwendig, um die Sicherheit der EU-Bürger zu verbessern und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus voranzutreiben.

Ein wichtiger Punkt, der uns seit geraumer Zeit beschäftigt, ist die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Die Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel hat die effizientere Zusammenarbeit der europäischen Staaten in diesen Fragen von Anfang an unterstützt und vorangetrieben. In den meisten Bereichen wurden bereits Erfolge erzielt. So hat das im März vergangenen Jahres erzielte Abkommen zwischen der EU und der Türkei zur signifikanten Eindämmung der Flüchtlingskrise beigetragen. Flüchtlinge, die illegal in Griechenland ankommen, werden nun in die Türkei zurückgebracht. So konnte etwa die Zahl der Flüchtlinge drastisch reduziert werden. Dies war der entscheidende Schritt, um die menschenverachtenden Geschäfte der Schlepper zu bekämpfen und damit Menschenleben zu retten.

Aber um den Menschen zu helfen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, ist es auch notwendig denjenigen, die aus wirtschaftlichen oder ähnlichen Gründen zu uns kommen, ehrlich zu sagen, dass sie nicht bei uns bleiben können. Nur so können wir den Menschen helfen, die wirklich unsere Hilfe benötigen.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Fluchtursachen in den betroffenen Ländern zu bekämpfen und die Entwicklungshilfe auszubauen. Der Schutz unserer Außengrenzen und die Unterstützung der Menschen vor Ort in ihren Ländern müssen wir stärker angehen. Denn wenn der Flüchtlingsandrang geordnet und im Ergebnis eingedämmt werden soll, dann führt kein Weg daran vorbei, dort anzusetzen, wo Flucht und Vertreibung verursacht werden. Dabei dürfen wir aber nie vergessen, den Menschen die zu uns kommen, sei es aus wirtschaftlicher Not oder aufgrund Krieg

und Verfolgung in ihren Heimatländern, immer mit Respekt zu begegnen. Und gerade denjenigen, die eine Abriegelung der EU fordern und überhaupt keine Flüchtlinge mehr aufnehmen wollen, müssen wir gemeinsam und entschlossen entgegentreten. Abschottung oder gar die Verweigerung, Menschen in Not zu helfen, würde einen Verrat an unseren gemeinsamen Werten und dadurch an unserer Identität und uns selbst bedeuten.

Neben diesen wichtigen, drängenden Fragen, müssen wir uns auch mit jener Säule beschäftigen, die die Grundlage für unseren Wohlstand ist: Die Wirtschafts- und Währungsunion. Zwar konnte mit tatkräftigen Anstrengungen der Mitgliedstaaten die unmittelbare Finanz- und Schuldenkrise überwunden werden, allerdings sind die Folgen immer noch spürbar. Gemeinsam haben wir in der EU seitdem viel unternommen, um die WWU zu stabilisieren. Wir haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert und durch den Fiskalvertrag ergänzt, um die Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Denn es muss der Grundsatz der Subsidiarität gelten, dass jedes europäische Land in erster Linie für sich selbst verantwortlich ist. Die Europäische Bankenunion stärkt diese Finanzstabilität und stellt so sicher, dass die Fehler der Vergangenheit sich nicht wiederholen.

Allerdings brauchen wir weitere und tiefgreifende Reformen in diesem Bereich um auch präventiv Krisen zu verhindern. Dabei muss sich Europa bzw. die WWU an folgenden Prinzipien orientieren, welche, unserer Ansicht nach, entscheidend für den zukünftigen Erfolg der Europäischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft sind. Diese Prinzipien sind Stabilität, Subsidiarität, Solidarität und Konditionalität. Stabilität kann nur sichergestellt werden, wenn Verträge eingehalten und gemeinsame Beschlüsse durchgesetzt werden. Gleichzeitig muss jeder Mitgliedstaat finanzpolitisch unabhängig sein. Das zweite Prinzip ist das der Subsidiarität, also die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung eines jeden Mitgliedstaates bei den Dingen, bei denen die Europäische Union nicht benötigt wird. Denn die Solidarität, auf die sich die Mitgliedstaaten untereinander verlassen können, darf nicht ausgenutzt werden. Und schließlich die Konditionalität. Mitgliedstaaten, die Unterstützung bekommen, müssen gegebene Vereinbarungen und Regeln einhalten. Ohne die Einhaltung von Vereinbarungen und Regeln wird Solidarität sonst zur Einbahnstraße und schädigt den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten.

Zusätzlich zu diesen Prinzipien müssen wir weitere Maßnahmen ergreifen, um die Stabilität in Europa zu sichern. Ein wesentlicher Schlüssel für ein erfolgreiches Europa liegt dabei in der

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des gemeinsamen Wirtschaftsraumes. Gleichzeitig bedarf es einer intensiveren wirtschaftlichen Kooperation der Mitgliedstaaten untereinander. Dabei haben einige Länder noch Nachholbedarf bei dringend notwendigen Strukturreformen, wie zum Beispiel in den Bereichen Arbeitsmarkt, Rentenversicherung, Bildung oder branchenspezifischer Regulierung. Die EU sollte diese Prozesse weiter anregen und unterstützen, denn nur gemeinsam können wir in einer globalisierten Weltwirtschaft erfolgreich sein und unseren Wohlstand für zukünftige Generationen sichern.

Meine Damen und Herren, Europa ist mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum.

Europa ist eine Wertegemeinschaft.

Europa ist eine Herzensangelegenheit.

Dies führt uns vor allem die junge Generation in Europa gerade vor Augen. Immer mehr junge Menschen begeistern sich für Europa und demonstrieren für ihre Überzeugungen und Werte. All die Freiheiten und Vorteile, die diese Generation täglich erleben darf, hat sie Europa zu verdanken. Diese jungen Menschen lernen, was sie wollen, arbeiten wo sie wollen, leben wie sie wollen und lieben wen sie wollen.

Dass dies in unserer heutigen Zeit leider keine Selbstverständlichkeit ist, sehen wir an vielen Orten der Welt.

Und doch verfolgen Populisten das Ziel, Europa zu spalten und nach außen hin abzuschotten. Sie greifen die Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit an und diffamieren die freie unabhängige Presse. Sie grenzen Menschen aus, weil diese „anders“ sind und hetzen gegen religiöse oder ethnische Minderheiten.

Auch wir in Deutschland sind seit einigen Jahren mit einem wachsenden Populismus konfrontiert. Die CDU hat sich und wird sich in Zukunft immer klar gegen diesen Populismus positionieren. Denn Werte wie Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz sind untrennbar mit dem vereinten Europa verbunden und sind zentrale Werte christlich-demokratischer Politik. Der Angriff auf diese Werte zeigt uns, dass wir diese gemeinsam und entschlossen verteidigen müssen. Und es macht mir Mut, zu sehen, dass sich gegen diese Populisten vermehrt auch offener gesellschaftlicher Widerstand bildet.

Ein Beispiel hierfür ist die Bewegung #PulseofEurope. Gegründet nach dem Brexit und der Wahl Donald Trumps, demonstrieren jede Woche mehr und mehr Menschen, in mittlerweile über 90 Städten und 12 verschiedenen Ländern, für ein gemeinsames, friedliches und freies Europa. Dabei handelt es sich vor allem um junge Menschen, für die Europa längst ein „zweites Vaterland“ geworden ist. Bilder von solchen Demonstrationen zeigen uns, dass die Idee eines vereinten, friedlichen und freien Europas nicht an Bedeutung oder Anziehungskraft verloren hat. Sie zeigen uns die Hoffnungen und die Sehnsucht der Europäer. Und sie zeigen uns, dass es unsere Verantwortung ist, dieses historische Erbe nicht zu verspielen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal ganz persönlich betonen, warum Europa eine Erfolgsgeschichte ist. Das vereinte Europa ist die Grundlage für die europäischen Nationen in Friede, Freiheit und Wohlstand zu leben.

Das vereinte Europa ermöglichte Deutschland, wieder ein vereintes Land zu werden, förderte die demokratischen Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern.

Europa gab Spanien, Portugal und Griechenland Frieden und Freiheit zurück.

Europa gibt uns eine starke und selbstbewusste Stimme in der Welt.

Wir sind ohne Zweifel noch lange nicht am Ende dieses Einigungsprozesses angekommen. Auch ist die Europäische Union kein perfektes Gebilde, das gefeit ist von Verbesserungen und Reformen. Aber wir sind, und wir bleiben, auf dem richtigen Weg. Das vereinte Europa ist ein einzigartiges Erfolgsprojekt. Und ganz gewiss wird sich Europa noch vielen Herausforderungen stellen müssen. Aber diese Herausforderungen kann und wird Europa gemeinsam lösen. Unsere Errungenschaften in dieser Wertegemeinschaft sind einzigartig.

Das vereinte Europa war und ist ein Traum. Wir müssen uns täglich dafür einsetzen, dass Europa auch in Zukunft ein gemeinsamer Traum bleibt. Wir können einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung haben, aber ohne einen gemeinsamen Traum wird davon letzten Endes nichts übrig bleiben.

Wenn wir eine Botschaft aus diesen Tagen mit nach Hause nehmen, dann diese: Lasst und diesen Traum weiterhin gemeinsam leben!

Herzlichen Dank.